

# Volks-Zeitung

## Die heutige Sitzung in Weimar.

Bildung der Regierung bis zum Mittwoch.

Weimar, 8. Februar. (W. Z. B.)

Nach den bisherigen Dispositionen wird heute die Nationalversammlung nur die Begründung des Verfassungsgesetzentwurfs durch Staatssekretär Preuss entgegennehmen. In die Besprechung der Vorlage wird erst Montag eingetreten werden. Doch ist in Aussicht genommen, die erste, zweite und dritte Sitzung am Dienstag zu Ende zu führen, damit am Mittwoch die Reichspräsidentenwahl vorgenommen werden kann. Hieraus würde sofort das Kabinett gebildet, damit am 12. zu Beginn der Verhandlungen über die Verfassung des Waffenstillstandes, eine geschäftsmäßige Regierung vorhanden ist.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, wird der Präsident der Nationalversammlung sofort nach der Annahme des provisorischen Verfassungsgesetzes sein Amt niederlegen, weil sonst drei Präsidentenstellen: Reichspräsident, Ministerpräsident und Präsident der Nationalversammlung, allein in den Händen der Mehrheitssozialisten liegen würden. Dem Vernehmen nach wird der Zentrumsvizepräsident zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt werden.

## Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin?

Die vielfachen Schwierigkeiten, mit denen Weimar zu kämpfen hat, namentlich die technischen Schwierigkeiten, die Parteien veranlaßt, die Regierungsvorschläge zu machen, entweder die Nationalversammlung nach Beendigung der provisorischen Bestimmungen nach Berlin zu verlegen, also etwa am 20. Februar, oder die Beratungen der Nationalversammlung wesentlich abzukürzen und die eigentliche geschäftsmäßige Arbeit dem neuen Volkshaus zu überlassen. Man ist allgemein, sowohl in der Regierung als im Parlament, am meisten aber in der Presse, der Meinung, daß, infolge der Lage der Verhältnisse in Weimar, namentlich der schlechten telephonischen und telegraphischen Zustände, Weimar nur als Notbehelf dienen kann, solange die Gründe vorliegen, die zur Wahl Weimars führten. Wenn die Nationalversammlung die neue Regierung bestatigt haben wird, fallen alle diese Gründe fort. Die Regierung kann sich umso länger in zwei Orten etablieren, da darunter die Staatsgeschäfte leiden müssen.

Die „V. P. R.“ schreiben hierzu, daß über die Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin noch keine endgültige Entscheidung gefällt sei.

## Die Vorsitzenden der Fraktionen.

Der Fraktionsvorsitzende der Demokraten besteht aus: Payer, Schiffer, Raumann, Petersen. Die deutschnationale Volkspartei hat den Grafen Posadowski, die Deutsche Volkspartei den Abgeordneten Henze, neben Stresemann und Nieber, den Fraktionsvorsitzenden gewählt. Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten besteht aus David, Mollenhuth, Böbe und Hermann Müller. Der Fraktionsvorsitzende der Unabhängigen ist bisher nicht bekannt. Eröder ist Fraktionsvorsitzender des Zentrums.

## Präsident Ebert.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten über die Stellungnahme der einzelnen Parteien zur Wahl des provisorischen Reichspräsidenten ist als sicher anzunehmen, daß dem Sozialdemokraten Ebert das Amt angeboten werden wird. Seine Partei hat ihn jetzt auch einstimmig als Kandidaten für den Repräsentantenposten der deutschen Republik aufgestellt. Ist an der Wahl Eberts nicht mehr zu zweifeln.

Ebert ist am 4. Februar 48 Jahre alt geworden. Er war Sattler, bis er 1898 in die sozialdemokratische Presse kam. Die Wahl Eberts wäre vorerst nur provisorisch. Die endgültige Wahl eines Reichspräsidenten erfolgt erst, wenn die Nationalversammlung in Weimar die neue Reichsverfassung festgelegt hat. Zunächst ist der Nationalversammlung der bekannte Entwurf einer vorläufigen Verfassung vorgelegt, wonach dem provisorischen Reichspräsidenten die Aufgabe zufällt, ein Reichsministerium zu berufen, dem sämtliche Reichsbehörden und auch die oberste Heeresleitung unterstellt sind. Das Reichsministerium soll nach dem „Vorwärts“ aus 14 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Scheidemann bestehen. Darüber, welche Parteien in diesem Ministerium vertreten sein werden, ist eine endgültige Vereinbarung noch nicht getroffen. Es erscheint aber als sicher, daß die eine Hälfte der Minister von den Demokraten und dem Zentrum gestellt werden wird.

## Das Präsidium der Nationalversammlung.

Die vier Männer, die gestern von der Regierung gebildet wurden, sind demnach mit deutscher Politik Beschäftigten alle Bekannte.

Dr. David, der den Präsidentenstuhl einnimmt, ist nicht nur innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie als Politiker bekannt. Er steht im 66. Lebensjahre; ursprünglich war er Oberlehrer. Seine gemäßigten Anschauungen haben ihn auch außerhalb seiner Partei Freunde erworben. Als guter Kenner der Agrarfrage bekämpfte er rassistische bauernfeindlichen Agrarsozialismus; später wandte er sich außenpolitischen Fragen zu. Seine Ansichten über die Schuldfrage vom Kriege hat er in einer weitverbreiteten Broschüre der Öffentlichkeit

## Die polnische Propaganda in der Ostmark.

Amerikanische Polen als Agitatoren.

Thorn, 8. Februar. (Privat.)

Die polnische Propaganda in Ost- und Westpreußen nimmt immer neue Formen an und findet immer neue Mittel und Wege, um zum Ziele zu kommen. Die Deutschen, denen solche Propaganda bekanntermaßen absolut nicht liegt, können daraus lernen, wie man eine Volksmasse zu Agitation und Taten fortweist. Unablässig hämmern die polnischen Führer ihren Volksgenossen in die Gehirne den Gedanken vom Allpolentum, den Gedanken der Verdrängung Ost- und Westpreußens, Posen und Schlesiens von Deutschland und deren Angliederung ans allpolnische Reich. Außer den schon öfter erwähnten Mitteln greift die polnische Propaganda nun auch zu folgenden: Amerikanische Polen bereisen als Agenten Ost- und Westpreußen, einerseits die deutschen Heeresverhältnisse auszukundschaften, andererseits Freiwillige für

ein amerikanisch-polnisches Korps

zu werben. Auch die polnischen Volks-, Arbeiter- und Soldatenräte sind reine Kampfsorganisationen gegen das Deutschtum. Sie geben sich nach außen den Anschein einer Behörde und versuchen die Bevölkerung durch Versäugungen, die den polnischen Wädel als Stempel tragen, in polnischen Sinne zu beeinflussen. Der Danziger Regierungspräsident hat deshalb jetzt gegen die polnischen Volksräte einen Erlass veröffentlicht, in dem gesagt wird, daß ihren Anordnungen nicht gefolgt zu werden brauche.

Die ost- und westpreussischen Handelskammern haben sich für Deutschland ausgesprochen. Die Handelskammer Königsberg hat Forderungen für die Friedensverhandlungen aufgestellt, die dahin ausgingen, daß Ostpreußen weber durch Wäpflitterung seiner Gebietsteile an Litauen und Polen gerückt noch vom räumlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge mit dem übrigen Deutschland abgetrennt werden dürfe.

unterbreitet. Prinz Max berief ihn im Oktober 1918 als Unterstaatssekretär in das auswärtige Amt.

Ronrad Harkmann, der erste Vizepräsident, der Führer der radikalen Demokraten und frühere Staatssekretär des Auswärtigen, Herr Fehrenbach vom Zentrum, der letzte Reichstagspräsident, der mit der Reichstagsauflösung im Dezember vorigen Jahres dieses Amt nicht gerade glücklich zu Grabe getragen hat, endlich der hochkonteraktive Herr Dietrich aus Breslau, Nolar und Rittergutsbesitzer, der die Deutschnationalen als vierthäufigste Partei im Präsidium vertritt, sie alle haben seit vielen Jahren, ja Jahrzehnten im Reichstag. Die Nationalversammlung hat sich also ein in parlamentarischer Praxis wohlbeschlagenes, geschäftsbewußtes und energiegelades Präsidium gebildet, und das kann angefaßt werden, bevorstehenden lebhaften Debatten nur von Vorteil sein.

## Die Lage an der Wasserkante.

Wie die V. P. R. erfahren, ist in Bremen alles ruhig. Die Werften und Vororte sind im Besitze der Regierungstruppen. Auch Hamburg ist ruhig. In Kiel, wo der Belagerungszustand verhängt worden ist, sind die wichtigsten Gebäude im Besitze der Regierungstruppen, vor allem der Bahnhof. Kiel ist zurzeit vom Eisenbahnverkehr abgeschlossen. Die Züge gehen nur bis zur Station Seinerödorf.

## Bremer Nachspiel.

Die Verluste der Regierungstruppen.

Bremen, 7. Februar.

Die Betriebsleitungen der Hanfa-Kloppwerke, Lloyd-Dynamowerke und der Norddeutschen Waggon-Fabrik haben beschlossen, ihre Betriebe bis auf weiteres still zu legen, da die Arbeiter die Aufnahme der Arbeit von der Freilegung ihrer in den Kämpfen am Dienstag und später festgenommenen Genossen abhängig machen, eine Forderung, deren Bewilligung nicht in der Hand der Betriebsleitungen liegt.

Bremen, 7. Februar.

Boesmanns Bureau meldet: Bislang haben die Regierungstruppen 10 schwere Maschinengewehre, 9 leichte Maschinengewehre, 1 Feldkanone und eine Anzahl von Infanterie- und Seltengewehren erbeutet. Die Verluste der Regierungstruppen betragen im ganzen 19 Tote und 57 Verwundete.

## Ein deutscher Protest in Spa.

Gegen die Aufbürdung der Schuld am Kriege.

Berlin, 7. Februar. (W. Z. B.)

Im Auftrag der deutschen Regierung legte die deutsche Waffenstillstandskommission am 6. Februar in Spa gegen den Ausdruck einer Entente-Note Verwahrung ein, wonach Deutschland den Krieg gewollt und hervorgerufen habe. Die deutsche Regierung hat wiederholt erklärt, sie sei bereit, auf dem Friedenskongress die Schuldfrage im weitestgehenden Sinne zu erörtern. Der Vorsitzende der internationalen Waffenstillstandskommission wurde ermahnt, Anweisung zu geben, daß solche Fragen künftighin nicht mehr in den Akten der Waffenstillstandskommission berührt werden, da sie ein solches Arbeiten verhindern. General Lubant beschränkte sich darauf, von diesem Protest Kenntnis zu nehmen.

Ferner ersuchte die deutsche Kommission die Alliierten um Mitteilung, ob mit einer Verlagerung des Waffenstillstandes bis zum Vorübergehlichen gerechnet werden könne. Sollten die alliierten Regierungen hierzu nicht bereit sein, so werde ge-

Thorn, 8. Februar.

Der polnische Kommandant von Hohenfalka hat den deutschen Einwohnern befohlen, die Namen ihrer Söhne und Verwandten beim deutschen Grenzschutz dem polnischen Kommandanten anzugeben und diese Verwandten aufzufordern, sofort aus dem deutschen Grenzschutz auszutreten. Bei Nichtbefolgung werden 1000 Mark Geldstrafe verhängt. Sollten die Verwandten nicht aus dem Grenzschutz austreten, so würden die Deutschen in Hohenfalka noch strenger bestraft. In Dettlofschin, südlich Thorn, dicht an der polnischen Grenze, wurden zwei Einwohner, Vater und Sohn, verhaftet, weil sie eine geheime Telefonleitung über die Grenze gelegt hatten.

## Sarne zurückerobert.

Die Kämpfe im schlesischen Grenzgebiet.

Rawitsch, 7. Februar.

Der Deutsche Volksrat veröffentlicht folgenden Gefechtsbericht des Abschnittskommandeurs: Am 6. Februar um 5 Uhr nachmittags griff der Feind Friedrichsweller erneut an. Durch die Volkswehr Friedrichsweller und Teile der Garnisonkompanie Rawitsch wurde er abgewiesen. Es gelang ihm nur, den Kirchhof zu besetzen. Am Vormittag des 7. Februar gingen Jäger mit Begleitbatterien, die Sorner Bürgerwehr und Pioniere unter kräftiger Unterstützung der übrigen Artillerie zum Angriff auf Sarne vor. Kirchhof Friedrichsweller, Karlruhe und Vorwerk Polask wurden genommen. Um 12 Uhr mittags war die Stadt Sarne und Sarnowko wieder in unserer Hand. Die beiden aus Bissa zur Unterstützung geschickten Panzerzüge haben hervorragenden Anteil an der Wiedereroberung. Flieger aus Bissa beteiligten sich am Kampfe.

beten, mit den neuen Verhandlungen nicht später als am 12. Februar zu beginnen.

## Gegen die Annexion des linken Rheinufers.

Die französischen Sozialisten in Bern.

Bern, 7. Februar.

Am Schluß der heutigen Vormittags-Sitzung der internationalen Sozialistenkonferenz gab Niktral im Namen der französischen Delegation die Erklärung ab, daß sie die Resolution über die territorialen Fragen auch im Sinne des Plebiszits für Elsass-Lothringen annähme.

Nachdem u. a. in der Nachmittags-Sitzung der armenische Vertreter eine Resolution für Errichtung eines unabhängigen Armeniens eingebracht hatte, kam Renaudel auf die elsass-lothringische Frage zu sprechen und dankte Eisner, Kautsky und Bernstein, daß sie nicht die Internationale abgewartet hätten, um zuzugreifen, daß diese Frage nicht lediglich eine deutsche sei. Die französische Sozialdemokratie habe stets denselben Standpunkt eingenommen, nicht aus Chauvinismus, sondern weil die Fragen international seien. Der Redner besprach dann noch die deutsche Resolution, betreffend das linke Rheinufer und das Saarbecken und erklärte unter stürmischem Beifall der Versammlung, daß die französische Sozialdemokratie sich jeder Annexion, ausgenommen der von Elsass-Lothringen, widersetze.

## Die französische Demobilmachung beginnt.

Berlin, 8. Februar.

Dem „Temps“ zufolge ist mit der Auflösung der französischen Heeresgruppen begonnen worden. General Castellau, dessen Heeresgruppe bereits aufgelöst war, ist zur Verfügung des Generals Béthain gestellt worden. Die Demobilisierung der Heeresgruppe Nord unter General Fanelle und der Heeresgruppe Zentrum unter General Westre soll unverzüglich erfolgen. Wahrscheinlich wird der Posten der Generalkommandanten wieder hergestellt und den kommandierenden Generälen der Heeresgruppen übertragen werden. Das Hauptquartier, das seit Beginn des Waffenstillstandes sich in Metz befand, wird wieder nach Chantilly verlegt werden.

## Die Streikbewegung in England.

Der Verkehrsarbeiterausstand beendet.

Kopenhagen, 7. Februar.

„Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London, daß der Streik auf den Untergrundbahnen beendet sei. Der Sekretär der Gewerkschaft der Lokomotivführer erklärt, daß am Mittwoch der Befehl zur Beendigung des Streiks ausgegeben werden würde. Die Maßregeln zu einem allgemeinen Eisenbahnstreik sind wieder rückgängig gemacht worden.

Ein kleiner Teil der Metallarbeiter im Clyde hat die Arbeit wieder aufgenommen, aber die Werften liegen still und die Ausständigen erklären, daß sie die Arbeit erst dann wieder aufnehmen wollen, wenn die 40-Stunden-Woche festgesetzt ist.

Der Streik unter den Londoner Elektrizitätsarbeitern ist nicht allgemein. Die öffentlichen Dienste wurden bisher nicht gestört.

## Das deutsche Kärnten.

Die Abstimmung in den fruchtigen Gebieten.

Klagenfurt, 7. Februar. (Kretsch.)

Die Volksabstimmung in Kärnten ist bis heute in 62 Gemeinden des fruchtigen Gebietes fast beendet. Die Anzahl der stimmberechtigten Wähler beträgt 74 447, abgegeben wurden 61 899